Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 11.12.2014 Drucksache 17/4810

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl SPD**

Expertenanhörung zu Art. 5 Kommunalabgabengesetz

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird gebeten, über die Erfahrungen mit der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Bayern zu berichten und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:
   a) In wie vielen Gemeinden bestehen Straßenausbaubeitragssatzungen?
   b) Wie viele Gemeinden haben in den vergangenen zwei Jahren solche Satzungen aufgehoben?
   c) Welche Bedeutung haben solche Satzungen bei der Beantragung von staatlichen Fördermitteln?
   d) Lehnt der Freistaat beantragte Fördermittel ab bzw. kürzt er solche, weil die antragstellende Gemeinde keine solche Satzung erlassen hat?
   e) In welcher Höhe sind Straßenausbaubeiträge in den Kommunen gestundet?
   f) Sieht die Staatsregierung hinsichtlich der gesetzlichen Grundlagen für solche Satzungen Änderungsbedarf? Wenn ja, welchen konkreten Änderungsbedarf sieht die Staatsregierung?
   g) Wie beurteilt die Staatsregierung alternative Modelle der Einhebung von Beiträgen, Umlagen oder ähnlicher Zahlungen, um die Gemeinden in die Lage zu versetzen, gemeindliche Straßen auszubauen wie dies z.B. in Rheinland-Pfalz der Fall ist?
2. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport führt eine Expertenanhörung zu folgenden Fragen durch:
   a) Ist die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen erforderlich und sinnvoll?
   b) Kann die bestehende Regelung durch andere Modelle der finanziellen Beteiligung von Grundstückseigentümern bzw. Erbbauberechtigten an den Kosten von gemeindlichen Straßenausbaumaßnahmen ersetzt werden?
   c) Sollte bzw. könnte auf die finanzielle Beteiligung der Betroffenen gänzlich verzichtet werden?

   Zu dieser Expertenanhörung sollen insbesondere eingeladen werden:
   – Bayerischer Gemeindetag
   – Bayerischer Städtetag
   – Kommunaler Prüfungsverband
   – Landesverband Bayerischer Haus-, Wohnungs- und Grundbesitzer e.V.
   – Deutscher Mieterbund Landesverband Bayern e.V.
   – Verband Wohneigentum Landesverband Bayern e.V.
   – Vertreter des Rheinland-Pfälzischen Innenministeriums
   – Vors. Richter am VG München a.D. Gerhard Wiens
   – Thomas Rottenwallner; Stadt Landshut

Begründung:

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen begegnet zunehmender Kritik. Diese richtet sich zum einen gegen Art und Umfang von entsprechenden Straßenausbaumaßnahmen, teilweise wird deren Notwendigkeit gänzlich infrage gestellt. Zum anderen richten sich die Einwendungen gegen das Maß der Heranziehung zu den Kosten solcher Maßnahmen oder die Höhe der eingeforderten Beiträge. Häufig wird die Erhebung solcher Beiträge als ungerecht empfunden. Für die Gemeinden stellen die Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen aber einen wesentlichen Teil der Finanzierung entsprechender Maßnahmen dar. Die meisten Gemeinden sind nicht in der Lage, diese Kosten allein aus ihrem Haushalt zu bestreiten. Alternativ zur bisherigen Regelung von Straßenausbaubeiträgen kommen Modelle in Betracht wie sie zum Teil in anderen Bundesländern wie z.B. in Rheinland-Pfalz, praktiziert werden. Die Expertenanhörung soll Antworten auf die sich im Zusammenhang mit der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen stellenden Fragen und möglichen Alternativen geben und gegebenenfalls Hilfe für Gesetzesänderungen sein.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.